

II-1785 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN 1984 07 24
z1. 11 0502/71-Pr.2/84

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

778 IAB
1984-07-24
zu 770 IJ

Auf die Anfrage der Abgeordneten Vetter und Genossen vom 25.5.1984, Nr. 770/J, betreffend mögliche Auflassung des Finanzamtes Lilienfeld, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1) Die für Organisationsfragen im Bundesministerium für Finanzen zuständige Abteilung hat meinem Amtsvorgänger vorschlagen, das Finanzamt Lilienfeld aufzulassen und die von diesem Finanzamt ausgeübten Agenden dem Finanzamt St. Pölten zu übertragen. Eine solche Maßnahme würde voraussetzen, daß im Finanzamt St. Pölten durch Errichtung eines Neubaus die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden und weiters daß das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz abgeändert wird. Keine der beiden Voraussetzungen ist derzeit gegeben. Für den Neubau eines Bundesamtsgebäudes in St. Pölten wird bereits seit einiger Zeit Planungsarbeit geleistet. Diese Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen; gerade in jüngster Zeit wurde es erforderlich, eine Umplanung in der Richtung vorzunehmen, daß das Zollamt St. Pölten nicht, wie ursprünglich geplant, in dem erwähnten Bundesamtsgebäude, sondern an anderer Stelle errichtet wird. Es ist daher

- 2 -

nicht richtig, daß die Auflassung des Finanzamtes Lilienfeld "beschlossene Sache" sei.

Zu 2) Siehe die Antwort zu 1).

Zu 3) Die Organisationsabteilung des Bundesministeriums für Finanzen ist der Ansicht, daß die Übertragung der Agenden des Finanzamtes Lilienfeld an das Finanzamt St. Pölten eine Personaleinsparung mit sich brächte. Da ich aber der Ansicht bin, daß die Auflassung eines Finanzamtes auch vom Gesichtspunkt der Bürger zu untersuchen ist, habe ich schon vor einiger Zeit erklärt, mich für die Eigenständigkeit des Finanzamtes Lilienfeld einzusetzen. Sollten sich Fakten ergeben, die eine Revision meines Standpunktes erfordern müßten, würde ich mich vor der endgültigen Entscheidung der Diskussion mit der betroffenen Bevölkerung stellen. Derzeit sehe ich solche Fakten allerdings nicht.

Herbogenh